

Bilaterale Abkommen – nötiger denn je

«Wir dürfen die weltwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die persönliche Freiheit nicht als Gegensätze deuten.» – Ralf Dahrendorf



Von Nationalrat Gerold Bührer
Wirtschaftsberater, Thayngen

Die Schweiz hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem der am stärksten weltwirtschaftlich integrierten Länder entwickelt. Die Exportquote sowie der Anteil der Auslandsinvestitionen bewegen sich im internationalen Vergleich auf einem Rekordniveau. Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen sowie die rapide gewachsenen Kapitalerträge aus dem Ausland sind zur zentralen Stütze unseres Wohlstandes geworden. Jeder zweite Franken wird de facto im Ausland verdient.

Aufgrund der zunehmenden Regionalisierung und Globalisierung ist eine Änderung dieser Entwicklung nicht abzusehen. Im Gegenteil, es ist davon auszugehen, dass die Abhängigkeit der Schweiz von den internationalen Märkten noch zunehmen wird. Allen abschottenden Ideologien zum Trotz ist es daher von erstrangigem nationalem Interesse, dass die Liberalisierung des Handels nicht gestoppt wird. Die Schweiz hat sich daher stets für eine Weiterentwicklung einer liberalen Welt handelsordnung im Rahmen der WTO eingesetzt. Daneben wurde, vor allem mit Blick auf Europa, der Marktzugang zunächst mit dem Freihandelsabkommen von 1972 und danach mit den beiden bilateralen Abkommen gesichert.

Diese Strategie hat sich ausbezahlt. Angesichts der hohen Bedeutung der Europäischen Union mit über 60% unserer Exporte wird es ein zentrales Anliegen bleiben müssen, die bisher abgeschlossenen bilateralen Verträge im Interesse unserer Volkswirtschaft umzusetzen und auf selektiver Basis zu erweitern. In unserem Verhältnis zur EU wird der bilaterale Weg auch zukünftig den anderen Optionen weit überlegen bleiben.

WTO – keine baldige Lösung in Sicht

Im Vorfeld der letzten Verhandlungen und insbesondere seit der Suspendierung der Doha-Runde im Juli dieses Jahres hat sich immer deutlicher gezeigt, dass nicht mit einem baldigen WTO-Abkommen gerechnet werden kann. Der Graben in der Agrarfrage scheint vorderhand nicht überbrückbar breit. Es wäre auch eine Illusion, zu glauben, dass es im Nachgang zu den amerikanischen Kongresswahlen zu einer signifikanten Veränderung der Position Washingtons kommen könnte. Das Vakuum auf der multilateralen Ebene dürfte somit leider länger anhalten und bildet insbesondere für die Schweiz eine Herausforderung. Zwar sind gerade für unser Land die multilateralen Handelsvereinbarungen wesentlich vorteilhafter als ein dichtes, schwer zu durchschauendes Netz bilateraler Abkommen. Dies gilt notabene auch für die davon betroffenen Unternehmen. Auch dort entsteht ein zusätzlicher Aufwand, um die rechtlich komplexen Regelwerke zu durchschauen.

Tatsache ist nun aber einmal, dass vor dem Hintergrund der Suspendierung der Doha-Runde die bilateralen Abkommen weltweit zunehmen werden. Die Entwicklungen in Asien und auf dem amerikanischen Kontinent zeigen klar in diese Richtung. Selbst in Europa ist eine wachsende Bereitschaft zugunsten von Freihandelsabkommen unverkennbar.

Netz der

Freihandelsabkommen ausbauen

Bereits in der aussenpolitischen Klausur des Bundesrates vom Frühjahr 2005 ist die hohe Bedeutung der aussereuropäischen Märkte für die schweizerische Volkswirt-

schaft hervorgehoben worden. Die Wilenskundgebung zugunsten von Freihandelsabkommen – sei es im Rahmen der EFTA oder durch die Schweiz – zur Sicherung des ungehinderten Marktzutritts in diesen Regionen ist dabei besonders unterstrichen worden. Seit mehreren Jahren kreisen die Diskussionen um solche Abkommen mit den USA und Japan einerseits sowie mit den aufstrebenden grossen Volkswirtschaften der BRIC-Staaten andererseits. Nach der voreiligen Aufgabe der formellen Gespräche mit den USA gelang es wenigstens, die Gespräche im Rahmen der sogenannten Handelsplattform weiterzuführen. Mit Südkorea ist inzwischen ein Freihandelsabkommen mit einer aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaft abgeschlossen worden.

Die neue, unerfreuliche Lage bedingt, dass, nebst den Bemühungen zu einer Fortentwicklung im Rahmen der WTO, die Anstrengungen für weitere Freihandelsabkommen unbedingt intensiviert werden müssen. Sofern wir auf dieser Ebene keine Erfolge verzeichnen, dürften sich erhebliche Nachteile für den Wirtschaftsstandort Schweiz ergeben. Angesichts der andernorts hohen Priorität zugunsten solcher Abkommen ist alles daran zu setzen, dass die anstehenden Vorgespräche und Verhandlungen rasch an die Hand genommen werden. Zur Wahrung einer hohen Präsenz der Schweiz in den stark wachsenden ausser-europäischen Märkten sind entsprechende geographische Präferenzen unabdingbar. Im Vordergrund stehen sicherlich weiterhin Japan und die USA sowie die grossen und stark wachsenden Länder Lateinamerikas und Asiens.

Parallel zu diesen Verhandlungen darf der Strukturanpassungsprozess im Innern jetzt unter keinen Umständen auf die lange Bank geschoben werden. Dies wäre eine gefährliche Unterlassungssünde. Nur wenn die binnenwirtschaftlichen Reformen zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität vorankommen, wird es der Schweiz auch zukünftig gelingen, die anstehenden Herausforderungen im Rahmen neuer bilateralen Abkommen zu meistern. ●